Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4349

27. 11. 75

Antrag

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag einer Verordnung (Euratom) des Rates zur Änderung der Regelung der Bezüge und der sozialen Sicherheit der Atomanlagenbediensteten der Gemeinsamen Forschungsstelle, die in der Bundesrepublik Deutschland dienstlich verwendet werden
— Drucksache 7/4156 —

A. Problem

Die Bezüge der Atomanlagenbediensteten in der Bundesrepublik Deutschland sollen der Besoldungsentwicklung im vergleichbaren nationalen Bereich angepaßt werden.

B. Lösung

Die Atomanlagenbediensteten der Gemeinsamen Forschungsstelle in der Bundesrepublik Deutschland erhalten rückwirkend ab 1. Januar 1975 den vergleichbaren tariflichen Vereinbarungen entsprechend angehobene Bezüge.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der Haushalt wird nicht unmittelbar belastet.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

von dem Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften — Drucksache 7/4156 — Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 26. November 1975

Der Innenausschuß

Dr. Schäfer (Tübingen)
Vorsitzender und Berichterstatter